

## **Vom Primat der Charakterlosigkeit**

Hamburg, 17.05.2005

von Franz Witsch

Es ist nicht gleich unangenehm, wenn Habermas – wie im Falle von Theunissen oder konservativen Kollegen – mitfühlend warmherzige Solidarität walten lässt, wie aus einem Diskussions-Anhang zu seinem rechtsphilosophischen Werk "Faktizität und Geltung" (HAJ-FUG) hervorgeht. Denn soziale Wahrheit lässt sich nur interaktiv einlösen. Beziehungen mögen unbequem kritisch, ja anstrengend sein, doch müssen sie auch Freude und Hoffnung zum Ausdruck bringen können. Eine seltsam edelmütige Haltung kommt erst ins Spiel, wenn der sachliche Hintergrund nicht wirklich oder nur für Eingeweihte nachvollziehbar ist. Abgesehen davon im elaborierten Code des philosophischen Diskursdickichts unmittelbar auf den Punkt gebrachte Verständlichkeit schnell unter Verdacht gerät. Schließlich schwitzen da die besten Köpfe des Landes zum Teil Jahrzehnte. Allein es wird charakterlos, wenn unser Freund Jürgen Habermas ausnahmsweise ganz und gar nicht edelmütig doch einmal den Knüppel aus dem Sack lässt und sich dabei buchstäblich päpstlicher als der Papst gebärdet: den Bannstrahl über Menschen verhängt, und man ihn abgleiten sieht in einen für seine Verhältnisse barsch zu nennenden Oberlehrerton. Den nimmt er sich gegenüber Mark Gould heraus (HAJ-DEA, S.386ff). Mit allen geht er pfleglich, ja mitfühlend um, nicht so mit Mark. Der gehört ganz offensichtlich exkommuniziert.

Es mag gute Gründe geben, warum Philosophen, die – ökonomisch gut versorgt – die freie Wildbahn kaum kennen und streng unter Artenschutz gestellt sind, sich nicht immer edelmütig und gut dressiert gebärden, indes gegen alle Erwartungen mit Aufge-regtheiten herausplatzen, mit Schlachten, die normalerweise intern – imaginativ im Geheimen – ausgefochten werden. Vielleicht dass auch sie Menschen sind, zuweilen Natur in ihnen durchgeht, sie sich auch einmal – frei nach Freud – kathartisch abreagieren

müssen, weil sonst Depressionen lauern, die normalerweise immer mit viel Ehrungen und sonstigen Aufmerksamkeiten, aber auch mit viel Geld unterm Deckel gehalten werden. Vor allem Geld beruhigt ungemein als geheime Rache gegenüber Menschen, die es nicht "verdient" haben. Dafür hält man in der Öffentlichkeit oder im Interesse weiterer Zugehörigkeit auch mal brav die Schnauze oder verweist noch dort, wo Ross und Reiter existieren, folgenlos auf böse Systeme, vereinzelt auf schwarze Schafe wie Mark Gould, die exkommuniziert gehören, weil generell adressierbare Kritik, die Selbstkritik (nicht zu verwechseln mit Selbstzerfleischung) einschließen mag, und eine daraus sich ergebende gesellschaftliche Ächtung exklusiv-ausgrenzenden Verhaltens den diskursiven Fluss gefährden würde. Gar Elite und Unternehmer ins Ausland vertreiben könnten. Man stelle sich das einmal vor: Westerwelle, Merkel und Gertrud Höhler gehen ins Ausland. Da muss man ja richtig Angst kriegen. Dann lieber gegen böse Systeme wettern; oder gegen schwarze Schafe bei Bedarf auch immer mal wieder. Zur Zeit wird der SPD-Parteivor-sitzende Müntefering nicht müde, unanständigen Unternehmern – wie gesagt, nur schwarze Schafe – zu drohen. Das erfreut das arme und geschundene Herz. Endlich geht's auch mal gegen die da oben. Lächerlich. Weniger dummes Gerede und professionelle Gesetze, die nicht immer wieder im Ansatz scheitern müssen, wären besser. Man mag dieses widerwärtig heuchelnde und korrupte Geschwätz nicht mehr hören. Wozu Regierungsverantwortung, wenn die zu blöd dafür sind oder keinen Charakter besitzen?

Müntefering zur Seite stellte sich flugs Günter Grass, um das allgemein folgenlose Geschwätz zu verdoppeln, ihm mit seinem Nobelpreis sozusagen eine höhere Weihe zu verleihen. Er grub in der "Zeit" vom 5. Mai 2005 ganz tief in seinen Erinnerungen und schürfte von dort Bemerkenswertes zutage. Früher war alles besser: selbst die Unternehmer gingen angesichts noch frischer Erfahrungen einer zugrunde gerichteten Weimarer Republik in sich und investierten, nachdem der größte Schutt der Nachkriegszeit beiseite geräumt, jede Mark Gewinn sofort immer

wieder in neue Arbeitsplätze. Heute gibt es eine derartige Ethik nicht mehr. Heute regieren Neoliberalismus und Shareholder Value, gilt das Gesetz der Börse über die Politik; die kann nur noch machtlos zuschauen. Schließlich gibt's da die Globalisierung. Banken und Industrieverbände diktieren Parlamenten und Regierungen die Wirtschafts- und Sozialgesetze in die Gesetzesblätter. Politiker können nichts anderes als nur folgen. Auf langen eineinhalb Seiten Grasstext kein Wort zur Agenda 2010 und Hartz IV-Gesetzen, gleichwohl sie für eine verfehlte, nur Armut und Bürgerängste generierende Wirtschafts- und Sozialpolitik seit bald drei Jahren stehen.

Politiker werden heraus aus der Verantwortung schwadroniert, schließlich sind das die SPD-Kumpel von Grass. Doch wer hat SPD und Grüne zur Agenda 2010 gezwungen, die alles nur schlimmer macht – noch gegen die Interessen kleinerer und mittlerer Unternehmen, die das um sich greifende Angstsparen, damit einhergehende Schwarzarbeit ausbaden müssen und mit ihren Betrieben nicht ins Ausland gehen können, um dort zu produzieren oder Nachfrage nach ihren Dienstleistungen oder Produkten zu suchen? Und wer zwingt Politiker, den Lobbyisten Tag für Tag in den Arsch zu kriechen? Womit können Konzerne drohen, was sie nicht ohnehin machen? Grass stellt radikal systemkritisch fest: "Strafwürdige Machenschaften werden als Kavaliersdelikte abgetan." Er meint wohl Kungelei und Korruption zwischen Parlamenten und Wirtschaft, vielleicht aber auch nur innerhalb der Wirtschaft (Zerschlagung des Mannesmannkonzerns). Und warum, so Grass weiter, nehme "keiner Anstoß an einem ausgefeilten System wechselseitiger Begünstigungen?" Dem Manne kann bei der Beantwortung seiner Frage geholfen werden: Weil gut versorgte sogenannte Eliten und Politiker, und das ist entscheidend, unmittelbar profitieren, letztere machen die Gesetze auch zu ihrem eigenen Vorteil; Privatbürger, auch solche wie Esser oder Ackermann, nehmen indirekt durch Zuwendungen materieller oder seelischer Art Einfluss. Das hat mit Politikohnmacht wenig und mit Gier nach Pfründen durch Machterhalt auf

Seiten der Politik, die sich zuweilen mit einem warmen Händedruck abspesen lässt, alles zu tun. Warum schreibt Grass nicht weiter langweilige Romane; über Kochen, Kochrezepte? Oder über Kriegserinnerungen, deutsche Kriegsleiden oder so? Machen das nicht viele seiner Kollegen, vor allem wenn sie immer älter und senil werden, solche, die sich ausgesorgt wähnen, weiterhin Aufmerksamkeit brauchen und wollen, dass das – siehe Helmut und Loki Schmidt – bis übers senile Alter hinaus auch so bleibt?

Es gäbe durchaus konkrete Gründe für den depressiven Zustand eines Philosophen, zum Beispiel die Tatsache, dass es immer nur korrupte Schweineregierungen an der Macht gibt, die es als ihre erste Pflicht sehen, katastrophale ökonomische Rahmenbedingungen, damit korrespondierende normative Regelwerke zu befestigen, die es gestatten, fest auf Ämterpründen zu sitzen. Dazu gehören nicht zuletzt Schnüffelgesetze gegen Sozialschmarotzer, die immer nur unseren Wohlstand wegsaugen und derart nur eines im Sinn zu haben scheinen: zu zerstören, was wir uns alle so schön aufgebaut. Sollen die doch ins Ausland gehen. Immerzu wollen sie nichts als fressen. Und für leistungsstarke Eliten wie Gertrud Höhler oder Boris Becker bleibt dann nichts mehr übrig. Bis schließlich auch sie nicht mehr in Deutschland arbeiten wollen. Wir brauchen mehr gesundes Volksempfinden: das weiß intuitiv: Sozialschmarotzer, die unseren Leistungsträgern die Lust auf Deutschland rauben, machen unseren Sozialstaat unbezahlbar. So was weiß jedes Kind, das lernen muss, sein Taschengeld über die Zeit einzuteilen. Und Kinder waren wir alle mal. Da muss man sich doch nur erinnern können.

Als käme es darauf an, Sozialstaat aus einem "eigenen wohlverdienten Einkommen" zu bezahlen. Keiner hat hier auch nur irgend etwas verdient im wörtlichen Sinne des Wortes. Er bekommt etwas, mehr oder weniger, mehr ist da nicht. Mit einem ähnlichen lächerlichen Unsinn geht Oskar Lafontaine in vielen Talkshows hausieren: die armen Arbeitnehmer, die 30 Jahre und mehr gearbeitet haben und nun nur noch ein Jahr Arbeitslosengeld beziehen sollen. Das sei Lohnraub. 60.000 Euro in die

Arbeitslosenversicherung eingezahlt und nur 15.000 Euro an Versicherungsleistung herausbekommen. Ein Skandal. Tosender Applaus von allen Seiten. Soll heißen: jüngere Arbeitnehmer haben Armut "verdient". Warum in Gottes Namen immerzu Sätze in die Welt brüllen, und noch dazu immer wieder die gleichen, die einen Schritt weiter in sich zusammenfallen? Als gäbe es in unserer Gesellschaft überhaupt wohl legitimes Einkommen, einen individuell zurechenbar verdienten Verdienst. Menschen haben Einkommen einfach nur aus einem Grunde: weil sie es haben, und nicht weil sie wertvoll für die Gesellschaft sind, bzw. ihr Wert sich rational bemessen ließe. Was ist jemand wert, der in der Rüstungsindustrie arbeitet oder Schnüffelgesetze installieren hilft, zum Beispiel indem er entsprechende Computerprogramme dafür mitentwickelt? Wer will den wirklichen Wert eines Menschen beurteilen, diesen unterscheiden von einem bloß eingebildeten Wert? Viele Menschen der Öffentlichkeit und Politik – bei denen wird es besonders deutlich –, die sich selbst zu den Leistungsträgern rechnen, wissen nichts von ihrem wirklichen Unwert, von ihrer Verantwortung, die sie jeden Tag aufs neue verfehlen.

Exakt unbezahlbar, das heißt volkswirtschaftlich von katastrophaler Auswirkung, sind von Regierungen und ihren Hofschranzen vorsätzlich und kriminell erzeugte Angstverhältnisse: Angst vor sozialer Not, was – eine Gefahr für jede Wirtschaft – zu unberechenbaren Verhaltensweisen führt, zum Beispiel Fremdenhass oder andren Arten von Extremismus. Da wachsen dem Staat Gründe zu, seinen Bürgern zu misstrauen, hinter ihnen herzuschnüffeln, was der Bürger wiederum gar nicht mag und verhindern will, was ihn wiederum verdächtig macht. Hat er dann doch was zu verbergen. Ein Teufelkreis von Selffulfilling Prophecy tut sich auf: Voraussetzung für eine politische Strategie zur fortgesetzten Erzeugung von Gründen, die es geboten machen, immer noch mehr zu schnüffeln. Am Ende solcher Teufelskreise steht der Ruf nach einer Politik der harten Hand, einmal mehr eine Politik der Schwarzen Pädagogik bis hin zu Polizei-, ja Militäreinsätzen. Gesinnungstäter Wolfgang Schäuble wird nicht

müde zu fordern, dass man die Bundeswehr nicht allein zur Landesverteidigung, sondern auch im Inneren – zur Unterstützung der Polizeikräfte – einsetzen können muss. Dazu braucht es eine Änderung unseres Grundgesetzes, für die er unermüdlich wirbt, von Zeit zu Zeit öffentlich. Denn der Mensch ist schlecht. Das Böse in ihm muss niedergehalten werden, blabla..., und hier dürfen Theologen dann auch mal ran.

Unbezahlbar, für die volkswirtschaftliche Entwicklung schlecht sind sozialstrukturelle Verwerfungen eines feudal-strukturierten Beamten- und Staatsangestellten-Versorgungssystems; an diesen selbstverständlich wohlverdienten Besitzständen keiner rührt, solange man bei den ökonomisch Ausgegrenzten unserer Gesellschaft noch den einen oder anderen Euro heraushebeln kann. Was ein Wunder, die Staatsangestellten sitzen in den Parlamenten und befinden selbst darüber, was sie verdienen. Wenn unsere Superökonomen, die ihre Frühjahrs- und Herbstgutachten sprachgestört vom Blatt ablesen, von Strukturproblemen reden, meinen sie solche Verwerfungen natürlich nicht. Im Gegenteil: eine noch ausgedehntere Einkommensspreizung nach oben bzw. nach unten muss her. Schließlich gibt es immer noch mehr Arbeitsscheue, ein Zeichen von zu hohen Lohnersatzleistungen im Verhältnis dazu, was sich mit regulärer Arbeit verdienen lässt. Es gibt doch bald keinen mehr, der sich auf die Gemüse- und Obstfelder schicken lässt. Und dann fallen die Polen wie die Heuschrecken über uns her. Sind wir das nicht alle irgendwie - Heuschrecken?, fragte kürzlich der “Stern” und meinte die Frage tatsächlich ernst.

Auch die Löhne müssen runter, damit Unternehmer mehr Arbeit nachfragen können. Nun, fast alle Wirtschaftsexperten sprechen in solchen Zusammenhängen von mehr Flexibilität, meinen aber Hungerlöhne, die man dann – man ist ja gar nicht so – durch staatliche Transferleistungen ergänzen sollte, was auf nichts anderes als auf Subventionierung von Arbeitsmärkten hinausläuft, die immer nur mehr Subventionen und weiter sinkende Löhne zur Folge haben, die sich notwendig in (noch) nicht sub-

ventionierte Arbeitsmärkte hineinfressen, es sei denn, man schottet die subventionierten Arbeitsmärkte von den regulären, nicht subventionierten Arbeitsmärkten ab. Ja, warum nicht gleich Arbeitslager einrichten? Eine schlechtere, dazu auch noch wachstumsfeindliche Arbeitsmarktpolitik ist gar nicht möglich. Auch hat das mit freien Märkten nichts zu tun. Die wollen unsere Herren Superökonomien auch gar nicht. Von freien Märkten reden sie nur, weil es sich – wie bei einem vorgetragenen Gedicht – in der Theorie so schön anhört. Und weil es die ohnehin nicht gibt und nie geben wird, gibt es immer den gleichen Grund, warum alles nicht so richtig läuft, wie es laufen sollte. Denn immerzu sind da irgendwelche Preise, die sich auf Märkten nicht frei genug bilden können, weil immerzu hineinregiert wird in das fragile Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Man kann diesen senilen Schwachsinn nicht mehr hören. Es ist auch kaum zu glauben, dass so was aus unseren Universitäten wächst. Was machen die Professoren da eigentlich den ganzen Tag?

Schon Marx wollte in seiner Theorie nicht von einem gerechten Lohn sprechen, der dem einzelnen Arbeiter vorenthalten wird. Es wird ausgegrenzt und nicht vorenthalten. Ein wichtiger Unterschied. Ausbeutung konstituiert sich nicht individuell (zufällig). Auch ist sie nicht in eins zu setzen mit der Summe aller vorenthaltenen Einkommensanteile aller Arbeiter. Habermas setzt sich dem Verdacht aus, das nicht korrekt zu thematisieren, bzw. er verrät ein merkwürdiges Verständnis im Umgang mit ökonomischen Kategorien der Marxschen Theorie wie sie in den drei Bänden des Kapitals entwickelt sind. Fast möchte man sagen, die Äußerung, die er 1973 in seiner Abhandlung "Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus" von sich gibt, demzufolge "auf dem Arbeitsmarkt keine Äquivalente getauscht werden" (HAJLIS, S.43), verrate Inkompetenz insofern, weil sich diese Äußerung dahin gehend deuten lässt, der Arbeiter erhalte nicht den Lohn, der ihm gerechterweise unter Einbeziehung des von ihm produzierten Mehrwerts zustehe. Solche Aussagen sind zumindest doppeldeutig. Für Marx sind sie ohne theoretische Sub-

stanz, wenn sie kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse spezifizieren sollen. Sinnvoll sind sie nur in einem speziellen Sinne, wenn sie im Kontext der Differenz von Preis (Geldausdruck des Werts) und (wahrem) Wert einer Ware etwas zum Ausdruck bringen wollen. Solche Doppeldeutigkeiten müssen im Zusammenhang einer derartigen Aussage aber formuliert werden. Habermas tut das nicht. Der schwadroniert mit Marxschen Begriffen wild vor sich hin und ist dann mit der Hervorbringung von missverständlichen Halbwahrheiten nicht mehr zu bremsen. Seitenweise, ja ganze Kapitel nur wenig nachvollziehbares Geblähe.

Allein die marxsche Theorie in ihrer vulgär-populistischen Ausprägung fragt sich unentwegt, ob denn der Arbeiter auch das bekommt, was ihm gemäß dem Einsatz seiner Arbeitskraft zusteht. Über diese Art der Verwendung seiner Theorie hatte sich Marx immer wieder aufgeregt – vergeblich. Habermas reproduziert diese gewerkschaftsorientierte Denkfigur einhundert Jahre später einmal mehr, wenn auch in einer Zeit, als die Nachkriegskonjunktur ihren Höhepunkt gerade erreicht hatte und man allgemein glaubte, alle ökonomischen Probleme seien ausgestanden. Es ginge nur noch um Verteilung dessen, was da ist und nicht darum, dass entsprechend den Bedürfnissen produziert werde: Produktionskapazitäten erhalten bleiben und Bedürfnissen entsprechend ausgeschöpft werden. Das setzte man unkritisch einfach nur noch voraus. Auf der Ebene der Verteilung gäbe es nur noch Steuerungsprobleme. Abgesehen davon der Begriff “Steuerung” alles und nichts sagt, wenn man über Parametrisierungen und Komponenten des Systems nichts Substantielles zu sagen weiß. Um damals der Marxschen Theorie weiterhin etwas abzugewinnen, schließlich ist Marx irgendwie genial, kamen so hilflose Konstrukte wie “relative” statt “absolute” Verelendung ins Spiel. Nicht zu vergessen die seelische Verelendung, die man vor allem den Pariser Manuskripten entnahm. In dem Maße geriet der rein ökonomische Ansatz der

Analyse aus dem Blickfeld. Man verfolgte ihn nicht weiter. Veraltert. Der frühe, nicht der alte Marx sei genial.

Heute ist man über diese ganze ökonomiethoretische Desorientierung immer noch nicht hinweg, obwohl die ökonomische Entwicklung dies seit den 70er Jahren immer mehr nahe legt. Wenn Habermas sich ökonomisch in dieser Weise fragwürdig äußerte, wir schrieben das Jahr 1973, so hat er diese Fehler bis heute nicht korrigiert. Gesellschaftliche Probleme existieren für ihn auf der Beziehungs- und moralischen Ebene (Marxscher Entfremdungsbegriff). Er äußerte sich seit 1973 immer weniger ökonomisch, dafür mehr unreflektiert systemtheoretisch (Auseinandersetzung mit Luhmann) und lebenskonstruktiv: über eine Theorie von einem (inter)subjektiv bedingten gelingenden und glücklichen Leben, um nicht zu sagen: theologisch. Er immunisiert sich in Bezug auf seine Auseinandersetzung mit Marx gegen Kritik, indem er zu wesentlichen Fragen ökonomischer Theorie indifferent, um nicht zu sagen vorsätzlich inkompetent bleibt. Und da, wo er, wenn auch nur ansatzweise, Ökonomie betreibt, erweckt er den Eindruck, dass er sich mit formelhaftem Stückwerk aus der Marxschen Theorie zufrieden gibt: mit Ausagen, die bei ihm – trotz Doppeldeutigkeit – zu Konstrukten gerinnen: auf Arbeitsmärkten werden keine Äquivalente getauscht. Basta. Abgesehen davon, dass dieser Satz suggeriert, bzw. den Verdacht nahe legt, auf anderen Märkten würden Äquivalente getauscht. Wieso eigentlich, wo die Arbeitskraft des Arbeitnehmers doch eine Ware wie jede andere auch ist? Dazu kein Wort von Habermas. Hauptsache irgendwas schreiben. Begriffsfurzerei, wohin man blickt.

Der Ausbeutungsvorgang im Kapitalismus gründet Marx zufolge darauf, dass der Arbeitnehmer genau das an Lohn bekommt, was er zur Lebenserhaltung benötigt (sich ernähren, wohnen, Kinder zeugen und aufziehen): "Der Umstand, dass die tägliche Erhaltung der Arbeitskraft nur einen halben Arbeitstag kostet, obgleich die Arbeitskraft einen ganzen Tag wirken kann,

(...) ist ein besonderes Glück für den Käufer, aber durchaus kein Unrecht gegen den Verkäufer."(MAK-W23, S.209)

In diesem Sinne bekommt der Arbeiter genau das, was ihm zusteht. Und abgesehen davon, dass des weiteren Ausbeutung darin besteht, periodisch und zunehmend immer mehr Menschen aus dem Reproduktionsprozess auszugrenzen, wenn sie überflüssig werden, ist die ökonomische Entwicklung schon lange über jedes privat begründbare Anspruchsdenken hinausgewachsen. Menschen verdienen ihr Geld nicht mehr, weil sie darauf einen moralisch zurechenbar definierten Anspruch hätten. Ansprüche existieren allein kraft ihrer Existenz. Ohne triftigen Grund. Natürlich hängen sie letztlich am Tropf einer zureichenden Mehrwertproduktion. Diese konstituiert sich aber vernünftigerweise nur noch gesellschaftlich vermittelt. Sie hängt nicht mehr am Tropf eines einzelnen Unternehmers, der böse zu seinen Arbeitern ist, weil er ihnen den ganzen Mehrwert vorenthält. Dieser ist, vermischt mit Lohnanteilen, zu einem ganz großen Teil längst in Strukturen der Vergesellschaftung, in Strukturen, die die ganze Gesellschaft angehen, gebunden (hohe Staatsquote). Zum Beispiel in Rentenansprüchen eingegangen und dort gebunden, so wie Mehrwert in Maschinen eingeht und dort gebunden wird, nur dass Renten nichts produzieren können, bzw. ihren Wert auf Produkte nicht übertragen können (Wertübertrag). Aber Renten degenerieren zur Verfügungsmasse im Kampf der Gesellschaft gegen einen tendenziellen Fall der Profitrate, bzw. für einen höheren Mehrwert produzierender Unternehmen, den sich diese als gesellschaftliche Klasse einstreichen, um sich zu refinanzieren, Produktionen am Leben zu erhalten. Zu wenig Mehrwert setzt unmittelbar eine Gegenbewegung in Gang, zur Erhöhung desselben, kann demnach mehr öffentliche Armut bedeuten, nicht unbedingt weniger Lohn, vielleicht sogar mehr Lohn, und nichtsdestotrotz mehr Armut für alle, wenn sich Unternehmen des öffentlich gebundenen Reichtums bedienen, zum Beispiel auch der Krankenversorgung, zur Steigerung ihrer Refinanzierungskräfte, resp. zur Erhöhung ihres Pro-

fits. Da, wo aber nur wenig Mehrwert produziert wird, muss dies an anderer Stelle um so mehr geschehen, so dass die Mehrwertproduktion gesellschaftsumfassend gesehen ausreichend bleibt. Mehr Profit kann also vereinzelt mit Lohnerhöhung einher gehen oder ist mit wenig, ja ohne Mehrwert vereinbar, wenn einzelne Unternehmen sich durch Gesetze schadlos halten können an allgemeinen Rentenansprüchen, Krankenvorsorge, Bildung, Kinderbetreuung, Schulen, überhaupt an der Infrastruktur: an einem Ast, auf dem sie vielleicht selbst sitzen. Am Mehrwert ist der Kapitalist eher weniger interessiert; er richtet sein Augenmerk viel mehr auf den Profit, auf die Profitabilität des ganzen eingesetzten Kapitals (bei Marx alles nachlesbar), dazu gehören heute Mittel, die die Gesellschaft - woher auch immer - ihm zur Verfügung stellt. Das alles weiß unser armer Mittelständler, bzw. Kleinunternehmer aber nicht, wenn er bei Sabine Christiansen auf dem Schoß sitzt und mit Angstschweiß auf der Stirn nach noch mehr Hartz quengelt.

Es gilt – streng an Marx orientiert – also weiterhin: da wo Mehrwert nicht oder zu wenig produziert wird, lösen sich Produktion und öffentliche Ansprüche auf. Und es gilt weiterhin: Mehrwertproduktion existiert nur unter der Bedingung, dass das Wertgesetz sich durchsetzt, demzufolge auf den Märkten, gerade auch den Arbeitsmärkten Äquivalente getauscht werden, flankiert und unterstützt von blanker Ausgrenzung. So bekommen Arbeiter, streng genommen, immer das, was nötig ist, sich zu reproduzieren. Natürlich, damit das Wertgesetz sich durchsetzt, werden Menschen von Arbeit und Ansprüchen freigesetzt, damit diejenigen, die in Arbeit bleiben, auch genau das bekommen können, was sie ihren eigenen Reproduktionsbedürfnissen gemäß brauchen.

Der Arbeiter bekommt also das, was ihm zusteht, unter der Bedingung von Mehrwertproduktion und der Tatsache, dass sich das Wertgesetz gerade auf Arbeitsmärkten durchsetzt, und zwar naturwüchsig-chaotisch der kapitalistischen Produktionsweise entsprechend: hinter dem Rücken der Produktionsagenten. Es

lässt sich nicht ausmachen, was sich denn nun in der Infrastruktur verbirgt: ob nun Lohnanteile oder Mehrwertanteile. Das ist auch nicht wichtig. Beide Begriffe sind nur ökonomische Konstrukte für die Kapitalismusanalyse. Es wird ohnehin alles vom Arbeitnehmer geschaffen. Selbst Unternehmenssteuern, die sich aus der Mehrwertmasse ergeben. Ferner existiert das Wertgesetz nicht als solches, sondern nur kraft einer ökonomischen Bewegung, naturwüchsig-chaotisch, einer Bewegung hinter dem Rücken der Produktionsagenten. Es existiert nicht wie ein propositional-verifizierbares Faktum. Da, wo nicht getauscht wird: in der Altsteinzeit, gibt es das Wertgesetz gar nicht. Es steht für erste Vorgänge von überfamiliär bedingter Vergesellschaftung dort, wo Menschen anfangen zu tauschen. Auch dort muss es sich durchsetzen. Es setzt den Tausch voraus und umgekehrt: der Tausch als interregionale Bewegung setzt das Wertgesetz voraus, wobei der Akzent liegt auf “(soziale) Bewegung”.

Für Habermas gibt es das Wertgesetz aber als solches. Davon war selbst David Ricardo, von dem das Wertgesetz stammt, nicht überzeugt, obwohl nur aus einer abschließend resignativ gefärbten Erkenntnis heraus, die einen weiteren Aspekt hereinbringt: derzufolge der Preis einer Ware (auch der Arbeitskraft) zwar bestimmt wird von der ihr zugeführten Arbeitskraft, bzw. Arbeitszeitquanten, man das als preisdefinierende Tatsache aber nicht beweisen kann: “Die ‘Fleischwerdung’ des Arbeitswertes in der Rechenwelt der Märkte muss scheitern” (HOW-ST1, S.57). Es gibt keinen nachvollziehbaren Weg von der eingesetzten Arbeitskraft, um eine Ware zu produzieren, bis hin zu ihrem Preis. Und so unterschied Marx ausdrücklich immer zwischen dem Wertausdruck einer Ware im Preis (Zirkulationssphäre) und ihrem wirklichen Wert, der sich gleichwohl ceteris-paribus bestimmt durch die in ihr enthaltenen Arbeitszeitquanten (Produktionssphäre). Kurz: das Wertgesetz mag eine Fiktion sein, aber es gilt. Das muss erst mal begriffen sein. Wahrscheinlich zu viel des Guten für unsere Superökonomien.

Heute erleben wir einmal mehr, dass sich das Wertgesetz durchsetzt unter der flankierenden Bedingung, dass überflüssige Menschen aus dem gesellschaftliche Zusammenhang ausgegrenzt werden, damit für die Arbeitenden so viel übrig bleibt, dass sie das bekommen können, was sie brauchen, im Austausch ihrer Arbeitskraft gegen Waren und Dienstleistungen, um sich zu reproduzieren und zwar unabhängig davon, was einzelne Arbeitnehmer darüber hinaus (zufällig) an Mehrwert produzieren mögen. Es ist normal geworden, dass Unternehmen sich aus öffentlich gebundenem Reichtum bedienen, wenn bei ihnen im Betrieb die Mehrwertproduktion unzureichend sich entwickelt (siehe Landwirtschaft, Kohle, Subventionen). Sogenannte Restrukturierungen und Bereinigungen am Markt gehen daher Hand in Hand mit der Zerschlagung öffentlicher, sozialer Infrastruktur und damit einhergehenden Ausgrenzungen (zurückfahren von Ansprüchen, zum Beispiel Bildung, notfalls auf Null zurücksetzen).

Fazit: dass Äquivalente am Arbeitsmarkt ausgetauscht werden, muss sich Marx zufolge immer wieder durchsetzen, wenn's sein muss chaotisch-naturwüchsig, koste es was es wolle. Andernfalls würde die (kapitalistische) Produktion aufhören zu existieren. In weiten Teile der Welt existiert sie heute gar nicht mehr, z.B. in weiten Teilen Afrikas; dieser Kontinent ist - Produkt kapitalistischer Ausgrenzung - ökonomisch zu einem dahinsiechenden Kontinent geworden. Mit dem Tod endet jede Ausbeutung. Schon absurd: Menschen verweigern Ausbeutung, indem sie sich hinlegen und sterben. Warum nicht sich verweigern: unbequem, ja anstrengend werden, noch während man lebt? Müssen Menschen sich denn immerzu bauchpinseln, bzw. durchdrehen, wenn das mal nicht geschieht? Leute wie Altbundespräsident Richard von Weizsäcker verlieren die Kontenance, wenn ihnen widersprochen wird, weil sie es nicht gewohnt sind, dass man ihnen widerspricht; sie brauchen Harmonie um sich, auch bei Sabine Christiansen zum Thema "Befreiung vom Nationalsozialismus". Marcel Reich-Ranicki wagte ihm gegenüber eine kri-

tische Anmerkung: die allermeisten Menschen wären glücklich gewesen während der NS-Zeit, ja diese bescherte den meisten die glücklichsten Jahre ihres Lebens, insofern könne man nicht von einem allgemein verbreiteten Gefühl der Befreiung nach 1945 reden. Dies sagte er vielleicht aus einer modifizierten Perspektive eines Juden, der den 8. Mai 45 auch nicht als Befreiung empfinden konnte, weil er seine Familie im KZ verloren hatte. Und als Marcel zwischendurch den vor Europa- und Befreiungsoptimismus strotzenden Redefluss (von nun an sind wir alle eine wirkliche, sprich: europäische Familie) unseres altehrwürdigen Expräsidenten unterbrach, weil er sich nun mal nicht beherrschen kann, zischelte Weizsäcker in einem wohlgesetzten Nebensatz zurück: "Nun seien Sie auch mal still, wir sind hier nicht im Literarischen Quartett." Von dort an ward Marcel wieder brav. Wie konnte er auch nur...

Will man verhindern, dass das Krebsgeschwür der Ausgrenzung sich von den armen in die reicheren Regionen zurückfrisst, bedarf es einer Politischen Ökonomie, die nicht ausgrenzt. Das bedeutet erstens ganz allgemein gesprochen: man muss mikroökonomisch zu lebende Konkurrenzverhältnisse im Marktgeschehen in der Tendenz abkoppeln vom Alltagsleben der Menschen. Zweitens, um auf den oben eingeleiteten Gedanken zurückzukommen, darf Subventionierung nicht individuell ansetzen an einem konkreten einzelnen Arbeitsplatz selbst. Denn ein gezielt subventionierter Arbeitsplatz ist ein toter, überflüssiger Arbeitsplatz. Das wäre kontraproduktiv gegenüber regulären Arbeitsplätzen und der regulativen Kraft des Marktmechanismus, der auch in einer egalitären oder kommunistischen Gesellschaft nicht verschwinden wird. Ausgrenzung wäre drittens kontraproduktiv gegenüber dem Sozialstaatsprinzip: einem "Sozialstaat für alle" als funktionales Moment der Schließung sich stets immer wieder auftuender Nachfrangelücken. Der "Sozialstaat für alle" ist eherne Voraussetzung für eine funktionierende Ökonomie, dieser sich auch in die armen Länder durchfressen könnte, wenn Politik das nur wollte und vor lauter (Macht)Gier nicht durch und durch

korrupt wäre. Das hieße, oh Schreck, fortschreitende Vergesellschaftung zulassen (öffentlichen Reichtum), auch wenn dadurch private Einkommen sich in der Tendenz immer mehr angleichen müssten. Angleichende Einkommen wären gegenüber einer Mehrwertproduktion, die sich nur noch gesamtwirtschaftlich ausreichend realisieren lässt, sogar geboten, geradezu Bedingung eines gut funktionierenden ökonomischen Systems. Dagegen setzen unsere SuperökonomInnen blind darauf, dass sich ökonomisch dysfunktionale Nachfragerücken naturwüchsig schließen, indem man vor allem die Angebotsseite der Wirtschaft (Unternehmen) bedient und nicht die Nachfrageseite unmittelbar bedient - das heißt Menschen unabhängig davon bedient, ob sie einen Arbeitsplatz besitzen. Alles andere, auch subventionierte Arbeitsplätze, die sich nur durch viel Bürokratie von normalen Arbeitsplätzen abschotten ließen (am billigsten wären eingezäunte Arbeitslager), schafft Struktur- und - daraus folgend - Wachstumsprobleme, anstatt sie zu beheben.

Ein "Sozialstaat ausnahmslos für alle" ist last not least Voraussetzung für Bürger ohne Angst vor Ausgrenzung. Für Bürger, die sich normal oder berechenbar verhalten. Sich zum Beispiel nicht selbst umbringen, Naziparolen brüllen oder Ausländer zu Tode hetzen. Denn ein solcher Staat respektiert zuallererst das fundamentale Bedürfnis nach (Daseins)Vorsorge, die in unserem Wirtschaftssystem keine individuell vermittelte mehr sein kann. Sie darf nicht ansetzen an dem, was man Verdienst, Nicht-Verdienst oder moralisches Fehlverhalten (Arbeitsscheu) einer Person nennt, um daran ihre Rechte, Bedürftigkeiten zu bemessen, sondern Daseinsvorsorge ist nur gesellschaftlich realisierbar, weil nur so ökonomische Vernunft sich durchsetzen kann.

Es sei noch einmal gesagt: Nicht der (böse?! ) Markt als solcher oder ein anonym und deshalb wohl böser Marktmechanismus "sichert den Produktionsmitteleigentümern die privatrechtlich sanktionierte Macht, Mehrwert anzueignen" (HAJ-LIS, S.43), um hier eine weitere missverständliche, ja nichtssagende und überflüssige Denkfigur von Habermas zu zitieren. Vielmehr ist der

Markt Begegnungsstätte für Menschen, um Tauschprozesse zu realisieren, die mit Ausbeutung als solche nichts zu tun haben. Etwas anderes ist es zu sagen: Dort, auf der Erscheinungsebene der Zirkulationssphäre, bilden sich Ausbeutungsverhältnisse ab, obwohl bürgerliche Ökonomie genau diese Ausbeutungsverhältnisse in ihren Theorien zum Verschwinden bringen möchte, wenn sie die Analyse der Produktion allein auf der Erscheinungsebene der Zirkulationssphäre beschränkt (Preisgestaltungsanalyse), um derart reale Ausbeutungsvorgänge in der Produktion selbst zu verleugnen. Auf dem Markt kommen Ausbeutungsverhältnisse zum Ausdruck, wenn man die Sprache der Marktvorgänge als Abbildungsvorgänge realer Produktionsverhältnisse deutet, die sich, unter Vernachlässigung der Zirkulationssphäre, als solche analysieren lassen (Erster Band des “Kapitals”). Das heißt: für analytische Zwecke ist eine Trennung von Produktion und Zirkulationssphäre (Zweiter Band des “Kapitals”) geboten, nur dadurch Marx den Ausbeutungscharakter der kapitalistischen Produktion glaubte beweisen zu können. Meines Erachtens zu Recht. Ohne eine solche Trennung zu analytischen Zwecken, das heißt: eine Trennung zu untersuchender systemischer Komponenten im Interesse von mehr analytischer Transparenz, die Marx im Dritten Band des “Kapitals” wieder im Zusammenhang analysiert (Untertitel: “Der gesamtwirtschaftliche Produktionsprozess”), – kurzum: ohne eine Trennung von Produktion und Zirkulation ist man gebetsmühlenhaft immer wieder verführt, Reichtum, Armut und Ausgrenzung zu einer Sache von Moral und Fleiß werden zu lassen, zu einer Sache individueller Schicksalsgestaltung, kurzum des Zufalls verkommen zu lassen. Eine Gesellschaft, in der eine solche ausgrenzende, dazu noch unwissenschaftliche Mentalität vorherrscht, kennt keine Verantwortlichkeit für andere, kennt Verantwortung nicht als Erziehungsziel in Schulen, Kindergärten und Universitäten, sondern nur als Lippenbekenntnis und wird dadurch zu einer verkommenen und charakterlosen Gesellschaft. In diesem Sinne sind Menschen, die einer solcher Gesellschaft nicht kritisch und ab-

lehrend gegenüberstehen, charakterlose Menschen, die es wert sind, dass man sie ächtet. Die meisten Linken verleugnen das. Sie sind angekommen in unsrer charakterlosen Gesellschaft, haben diese Gesellschaft zu der ihrigen gemacht. Schon wenn sie von einem bösen Markt(mechanismus) sprechen, bemerkt man ihre Ignoranz. Märkte sind aber nur Medium menschlicher Begegnungen im Kontext von Tauschvorgängen: sie vermitteln ökonomische Bewegung, bringen diese nicht selbst hervor. Man macht die Leinwand im Kino doch auch nicht verantwortlich für einen charakterlosen Film. Den müssen Menschen zuvor willentlich oder aus Dummheit gewollt und produziert haben.

Marktverhältnisse hat es in vorkapitalistischen Formationen auch gegeben, ohne dass sie Ausbeutungsverhältnisse begründeten. Sie begründeten den Warenfetischismus, also Entfremdung als falsches Bewusstsein, das sich Menschen machten über ihre Existenz, wenn sie für Märkte agierten und produzierten (ohne Mehrwert durch abhängig Beschäftigte zu erheischen); sie verkannten, dass (vorkapitalistische) Märkte Institutionen der Vergesellschaftung sind und derart ein Zusammengehörigkeitsgefühl verschiedener Regionen und Völker de facto begründeten, das gleichwohl immer fragil blieb, durch Kriege immer wieder konterkariert wurde. Das heißt, Marktverhältnisse als solche begründen noch keine gesamtwirtschaftlich-ökonomische Ausbeutung. Rein ökonomisch fundierte Ausbeutung funktionierte erst zunehmend mit der Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise (und daran gekoppelter Produktionsverhältnisse), die mit der Auflösung von Subsistenzwirtschaft und feudaler, d.h. direkten Ausbeutungsverhältnissen schwanger gingen. Diese waren immer außerökonomisch vermittelt (Eintreiben von Feudalabgaben). Deshalb wusste der leibeigene Bauer, dass er ausgebeutet wurde, vom Feudalherren, nicht vom Kaufmann. Das alles sollte Habermas einfach noch mal bei Marx nachlesen. Die geistigen Voraussetzungen dafür besitzt er.

Zur Schließung sich immer wieder auftuender Nachfrage-lücken gehören eher Menschen, die nicht sparen können, weil sie

nichts auf der Naht haben, und deshalb alles für ihren Lebensunterhalt verausgaben müssen: zum Beispiel ein Penner unter der Brücke, wenn man ihn durch ein entsprechendes Einkommen in die Lage versetzt, z.B. eine Wohnung nachzufragen oder Bildung oder Erziehung für seine Kinder. Bei Menschen mit geringer Sparquote muss man sich keine Sorgen machen, dass ihr Geld nicht unmittelbar wieder der Zirkulationssphäre zugeführt wird, eine Voraussetzung, dass es den realwirtschaftlichen Kreislauf: die Produktion affiziert. Schon der Normalbürger, der ein paar Euro beiseite legen kann, lebt unter dem Eindruck, dass er in enger werdenden ökonomischen Rahmenbedingungen mit seiner Existenz, die er durch Sparen absichern möchte, immer mehr im Wege steht, dass er mit seinem Bedürfnis auf Vorsorge aber vor allem dann stört, wenn er versucht, diese im Geheimen, das heißt individuell an Staat und Gesellschaft vorbei zu realisieren, vielleicht indem er Geld im Garten vergräbt wie das Eichhörnchen seine Nüsse, oder sonst wo versteckt, und deswegen unter Beobachtung gestellt gehört, ggf. in den gesellschaftlichen Zusammenhang zurückgepiffen werden muss. An dieser Stelle besteht der Staat darauf: Geld ist eine gesellschaftliche Kategorie; es besitzt Zirkulationsfunktion für realwirtschaftliche Vorgänge und darf deshalb an Staat und Wirtschaft vorbei nicht unbegrenzt gehortet werden. Das ist zwar noch nicht verboten; jeder darf so viel Bargeld horten wie er will. Aber nur deshalb, weil dies kaum einer macht. Allein die Agenda 2010 und Hartz IV werden Menschen lehren, das gesamtwirtschaftlich Unvernünftige zu tun, insbesondere die vielen kleinen Bürger, die mit ihrem bisschen Geld nicht ins Ausland ausweichen können. Vom Ausland aus könnte das Geld auf der Suche nach profitablen Anlagen zurückfinden in den heimischen Wirtschaftskreislauf. Irgendwo gehortet ist es aber dem Kreislauf erst mal entzogen und erzeugt derart in der Wirtschaft Friktionen; alles nicht neu, davon schon Marx und Keynes zu erzählen wussten. Allein Geldvermögen oder geldnahe Titel in der Zirkulationssphäre reichen nicht immer aus. Um Pferde zum Saufen zu bringen, muss man zuerst ihre Spuren

haben, dann kann man sie verfolgen, einfangen und zur Tränke führen. Dort wird man sie zum Saufen bringen, notfalls nötigen, indem man Geldhaltung teuer macht durch Zinssenkung, Inflation und hohe Steuern auf einbehaltene Gewinne und Einkommen. Dazu bedarf es einer einheitlichen Steuer- und Sozialgesetzgebung in der Europäischen Währungsunion. Die muss von den ökonomisch dominierenden Ländern (England, Frankreich, Beneluxländer, Deutschland, etc.) gewollt sein.

Kurze Rede langer Sinn: ökonomisch dysfunktionale Nachfrangelücken tun sich unnötig auf, wenn zuviel gespart, zuviel an der offiziellen Zirkulationssphäre vorbei gehortet wird, und wenn vornehmlich einkommensstärkere Menschen bedient werden, die von ihrem hohem Einkommen viel sparen, so dass Geld, bzw. Vermögenstitel wie Blei auf Sparkonten liegen, bzw. auf Depots – mit wenig (Risiko)Neigung, entsprechend realwirtschaftliche Kreisläufe zu affizieren – mit der Folge, dass sozial-ökonomische Strukturen zerstört werden, ohne dass diese sich – neoliberaler Theorie zufolge – in benachbarten, “konkurrenzfähigeren” Regionen entsprechend wieder reorganisieren müssen (Gefahr der Verarmung aller). Hier kommt man, um es wieder zu sagen, um eine überregionale Verständigung im Hinblick auf eine gemeinsame Sozial- und Wirtschaftspolitik nicht herum.

Tatsächlich weiß der Staat nicht was er will; einerseits reagiert er allergisch auf individuelle, v.a. heimliche (auch schwarz arbeitende) Bemühungen der Daseinsvorsorge, da diese den Zugang zu Informationen zur Abzocke blockieren können. Das heißt: er fordert Strukturen der Vergesellschaftung. Und dann meinen seine Vertreter andererseits, die gesellschaftlich vermittelte, bzw. staatlich organisierte Vorsorge diskriminieren zu müssen. Tatsächlich hat ein finanziell unersättlicher Staat vor nichts so viel Angst wie vor einer Blockierung des Zugangs zu Informationen über die finanziellen Ströme, die seine Bürger produzieren, sie dann unkontrolliert walten, wenn nicht gar im Nirwana versickern – sich aus der sichtbaren Zirkulationssphäre verabschieden, um Kreisläufe im Untergrund zu konstituieren. Nicht nur dass

abgründig-entvergesellschaftete Zirkulationsströme sich der Besteuerung entziehen; sie finden dann – noch schlimmer – nur unvorhersehbar den Weg in den realwirtschaftlichen Kreislauf zurück. Ökonomische Steuerungsvorgänge und Wachstumsbemühungen werden dadurch unnötig komplex und unübersichtlich; und sie begünstigen sozialstrukturelle Verwerfungen.

Wachstums- und Strukturschwächen glaubt der Staat mit einem merkwürdig-brachialen Verständnis von Vergesellschaftung bekämpfen zu können: seine Bürger haben etwas mehr auf der Naht, und besitzen die Unverschämtheit, mit ihrem Geld zu machen, was sie wollen. Sie entvergesellschaften, das heißt, sie verstecken es, um verräterische Spuren in der Zirkulationssphäre zu vermeiden, die der Staat in seinem unersättlichen Finanzbedarf beschnüffeln könnte, nicht nur um Steuern einzunehmen, auch um ggf. nach Gutsherrenart Transferleistungen für Menschen aus nicht berechenbaren Gründen, deren Unberechenbarkeit auf weit dehnbaren (auslegbaren) Gesetzen beruhen, zu verweigern – Transferleistungen zu gewähren nach Kassenlage. De facto werden dabei Strukturen der Vergesellschaftung (die Nachfrage generieren, resp. Nachfragelücken schließen) zurückgefahren. Gesellschaftliche Teilhabe wird an verbleibende höhere Einkommen gebunden. Das führt zu einem sich selbst verstärkenden Prozess von Entvergesellschaftung, was gleichzeitig an der Höhe des öffentlichen und vor allem zukünftigen Finanzbedarfs des Staates nichts ändert, über dem schließlich noch das Damoklesschwert zukünftiger Beamtenpensionen und Rentenansprüchen schwebt; dann sind Zeiten nicht mehr fern, wo Finanzbeamte ihr brachiales Verständnis von Vergesellschaftung ausleben, indem sie wie Heuschrecken über verdächtige Privatsphären herfallen auf der Suche nach verstecktem, entvergesellschafteten Geldern, von Vermögen, das, ohne realwirtschaftliche Funktion, der Zirkulationssphäre entwischt ist – zum Zwecke individueller Altersvorsorge am Staat vorbei. Schon sind elektronische RFIDs (radio frequency) – Identitätschips – für Geldscheine möglich, die auf Signale reagieren können. Dann mag der zukunftsgeängstigste

Normalbürger, der dem Staat instinktsicher nicht über den Weg traut, endlich am eigenen Leibe spüren, dass es einen (privaten) Eigentumsbegriff und – damit einhergehend – eine kapitalstock-gestützte private Daseinsvorsorge nicht wirklich gibt, letzteres im Moment von Arbeitslosigkeit zur Farce wird.

Kurz, Geld ist eine gesellschaftliche Kategorie. Und definiert erst in zweiter Linie privates Eigentum. Ganz hinten rangiert der Aspekt: Vorsorge für einen in fernerer Zukunft wohlverdienten Lebensabend. Das gilt heute mehr noch als zu Marxens Zeiten. Übrigens: genau deshalb kann man sich durch zu viel Staats-schulden an Generationen der Zukunft auch nicht versündigen (eine beliebte Denkfigur denkfauler Politaffen). Wenn's kritisch wird, löst der Staat sich als eine Körperschaft des Rechts einfach auf, bzw. stellt Ansprüche und Bedürftigkeiten seiner Bürger auf Null. Die fährt er ohnehin immer weiter runter, sogar bei seinen Beamten. Vielleicht wachen irgendwann sogar unsere Wirt-schafts- und Rechtsprofessoren auf, wenn es massiver an ihre Versorgungsansprüche geht. Versündigungen passieren grund-sätzlich an gerade lebenden Generationen, an Menschen jeden Alters. Zukunft ist vor dem Hintergrund, dass die Wirtschaft funktioniert, immer sekundär. Man kann Geld im Interesse zu-künftiger Ansprüche massenwirksam nicht beiseite legen, weil es in erster Linie Zirkulationsmittel für aktuelle Kreislaufvorgänge ist. Das wusste schon Marx. Menschen müssen sich gegenseitig immer im Hier und Jetzt versorgen. In der Gegenwart sich ganz konkret sozial, moralisch zurechenbar und verantwortlich zu verhalten, wird man ihnen nicht ersparen können.

Die kriminelle Verantwortungslosigkeit des Staates und seiner Vertreter gipfelt in ihrer Weigerung, genau das zu formulieren: dass alles nur noch gesellschaftlich vermittelt funktioniert und dabei ein individueller Eigentumsbegriff ökonomisch schon lange obsolet geworden ist, weil er Prozesse der Vergesellschaftung be-hindert, bzw. verantwortungslos zurückfährt. Der Penner unter der Brücke ist für verantwortungslose Entvergesellschaftungsvor-gänge ein nicht wegzudiskutierendes Symptom, das vielen

anderen bevorstehen mag, die von eigenen Ausgrenzungssymptomen noch nichts wissen wollen, weil diese immer nur die faulen und unflexiblen Sozialschmarotzer betreffen, und man selbst ja schließlich kein Geld im Keller vergraben hat. Und hat der Penner nicht wenigstens auch ein bisschen Schuld. Schließlich schläft er zu viel, wie sein Name ja schon nahe legt. Abgesehen davon besitzt der Normalbürger keine Vorstellung von dem, was er alles zu verbergen hat, für was alles ein vermeintlich finanziell ausgelaugter Staat sich interessiert. Noch aber herrscht die allgemein verbreitete Gewissheit vor, dass wir alle keine Juden sind, vielmehr Bürger, die für sich in Anspruch nehmen können, zu den Unauffälligen zu gehören. An dieser Stelle wage ich folgende Prognose: wer im Verdacht steht, von seinem individuell angesparten Geld später im Alter leben zu wollen, wird sich dereinst grundsätzlich verdächtig machen.

Um das menschlich Konstruktive in der Theorie von Habermas zu würdigen, sei in diesem Zusammenhang, vielleicht im Sinne eines Fazits, eine weitere fundamentale Bedingung für gelingendes Leben formuliert: Ohne gesellschaftlich vermittelten und ökonomisch fundierten Respekt, der Menschen nicht für drei Euro zum Spargelstechen in der Gegend rumscheucht, um sie dann zu subventionieren (abgesehen davon dadurch der Antrieb für technischen Fortschritt der Wind aus den Segeln genommen würde), sprich: ohne angstfreies Dasein, ist menschliches Glück oder gelingendes Leben unmöglich. Der Politiker im Parlament oder in der Regierung mag für Bürgerglück nicht hinreichend sein, aber er ist durch eine entsprechende Gesetzgebung, die ein- und nicht ausgrenzt, notwendige Voraussetzung dafür. Respekt ist nicht alles; aber ohne Respekt ist alles nichts, nicht wahr Frau Bundestagsvizepräsidentin Vollmer. Die ist gerade dabei, mit ihrem Geschwätz die parlamentarischen Gesetzgeber gänzlich aus jeder Verantwortung zu entlassen: Politiker können für das (Un)Glück der Bürger nicht verantwortlich gemacht werden! Da reibt man sich die Augen und fragt sich: für was in aller Welt sind Parlament und Regierung denn überhaupt noch verantwortlich?

Doch nicht etwa allein dafür, dass sie gut versorgt existieren und obendrein noch Unsinn verbreiten? Die Vollmer sitzt mit ihrem Arsch auf einem der höchsten Ämter im Staate, denkt aber nur so weit wie 'ne fette Sau aus dem Stand springt. Nun, als Gast bei Sloterdijk mag sie noch durchgehen.

Ich möchte aber in kleiner Münze verstanden wissen, dass Leute wie Habermas, trotz all seiner Bemühungen um Menschlichkeit, für die wirklichen problematischen Entwicklungen in unserer Gesellschaft nicht genügend sensibel sind; ja Habermas nachweislich inkompetent dort ist, wo er Marx im Munde führt, zumindest über weite Strecken. Vor allem haben Leute seines Schlages nicht genug Gespür dafür, dass Aufregung gerechtfertigt ist, und zwar öffentliche, die sich nicht im intimen Kreis verstecken darf. Wer schweigt und nichts sagt, macht sich schuldig. Man sage nicht schon wieder: ich habe nichts gewusst, man konnte es nicht wissen. Nur wer nicht wissen will, weiß nichts. Unsere Gesellschaft ist deshalb in einem beklagenswerten Zustand ist, weil Leute wie Habermas in der Öffentlichkeit sich ebenso wohl fühlen wollen wie bei sich zu Hause, und dass so etwas um so mehr deprimieren muss, als man davon ausgehen kann, dass die oben formulierten Fehlentwicklungen erst der Anfang sind. Ja, wann wollen unsere Öffentlichkeitsarbeiter denn aus ihren (familiären) Löchern gekrochen kommen, um sich konstruktiv unbeliebt zu machen? Wirklich scheitern im Leben tun nur die, die sich nicht unbeliebt machen können. Alles andere ist relativ, auch das sogenannte wirkliche Wissen.

Natürlich beunruhigen Fehlentwicklungen auch Habermas, und sie setzen ihn, um auf unseren oben angesprochenen Ausgangspunkt zurückzukommen, unter Spannungen, die Möglichkeiten der kathartischen Abreaktion bedürfen. Da passiert es schon mal, dass er sich aufregt, wie gesagt, leider nur künstlich, und nur, um einen Kollegen wie Mark Gould zu exkommunizieren, obwohl der womöglich nicht einmal ein Konservativer ist. Trost im Konsens mag Habermas nicht unbedingt bei denen suchen, die ihm politisch nahe stehen – philosophisch sozusagen in

seinem Revier wildern, um dort immer wieder die gleichen Fragen zu stellen. Der Akzent hier fatalerweise auf "Philosophie" liegt. Auch bei mir, eher links gestrickt, fände Habermas nur wenig Trost, der ich behaupte, dass er Marx eklektizistisch für seine sprachpragmatisch fundierte Diskursethik instrumentalisiert, wie auch Theunissen Marx für seine theologisch-menschelnde Philosophie instrumentalisiert. Habermas spricht – Trost suchend – lieber bei Konservativen vor, die für sich in Anspruch nehmen, von Marx nach bestem Wissen und Gewissen nichts wissen zu wollen. Dort ist man als Einäugiger König. Bei Konservativen mag er taktisch-kommunikationsstrategisch lamentieren: dass Marxisten zu unflexibel-dogmatisch auf Marx-schen Lehren beharren – blabla – und nicht merken, dass unsere Gesellschaft über solche theoretischen Ansätze längst hinausgewachsen ist. Das Gegenteil ist der Fall: unsere Gesellschaft wächst mehr und mehr in die marxsche Lehre hinein. Das mochte man zu Beginn der Siebziger Jahre einfältig übersehen können, als noch jeder einen Arbeitsplatz hatte. Da stellt sich für mich die Frage: was haben Leute wie Habermas ihr Leben lang eigentlich gemacht? Die Frage muss er sich gefallen lassen, als in seinen Schriften der Name Marx häufig auftaucht. Wenn man sich mit einem politischen Ökonomen wie Marx beschäftigt, sollte man es entweder richtig und vor allem selbst machen oder ganz sein lassen. Man muss es ja nicht können.

Vielleicht spricht Habermas bei Konservativen ja deswegen gern vor, weil in der eigenen (politischen) Familie der Prophet immer wenig gilt. Dort finden die fruchtlosesten Auseinandersetzungen statt, wo Menschen emotional sich so nahe stehen, bzw. viel voneinander wissen. Ödipal induzierte Verletzungen und Abreaktionen sind dann an der Tagesordnung. Also lebe man sich lieber auseinander. Dann wird verständlich, wenn familienfremde Geister, zum Beispiel Theologen wie Ratzinger oder Philosophen, die Fachwissenschaftler theologisch bekehren wollen, einem menschlich so nahe wie möglich kommen dürfen, zumal die auch immer wieder verschwinden. Nahe-

stehende Familienmitglieder hingegen nehmen sich oft ganz schön viel heraus: eigensinnig und theoriefeindlich machen sie sich auf geistigen Revieren zu schaffen, auf denen man sich gleichsam zur Erholung von allzu viel Nähe ein familienexternes Refugium, so eine Art Domizil für erholsame Stunden, eingerichtet hat. Hier verrät Habermas weniger eine fragwürdige Philosophie (obwohl das jeder Philosophie gut zu Gesicht stünde, denn wie sollte eine Philosophie keine Fragen mehr haben) als vielmehr ein merkwürdiges Verständnis von Theorieproduktion, wurzelnd in einer Mentalität, die auf einer gemütlichen, ihm zuarbeitenden Umgebung (Universität; Forschung) in einer Welt vollständiger Ungemütlichkeit besteht, um produktiv zu sein, dergestalt in der Erwartung, dass ihm politisch nächstliegende Kollegen wie Mark Gould sich angestrengt an ihm abarbeiten – an seinem Begriffskauderwelsch, wo es per definitionem immer etwas gibt, Halbwahrheiten, an dem man vorbeireflektiert, das man gründlichst missverstehen kann, derart, dass auch schon mal kathartische Abreaktionen angebracht sind – die schon oben beschworenen oberlehrerhaften Töne bis hin zur Exkommunikation, dazu angetan, den einen oder anderen begriffsstutzigen Denker aus dem Kreis der Diskursteilnehmer zu verbannen. Beharren eigensinnige Geister doch starrsinnig gerade auf dem, was sie immerzu nicht verstehen wollen. Andauernd nörgeln sie rum. Wie auch anders, denn wenn es etwas auf der Welt gibt, dann sind es die vielfältigsten Gründe, die sich auch noch auf geheimnisvolle Weise ins Kraut schießend vermehren, weswegen Philosophen permanent missverstanden werden. Ist es da ein Wunder, wenn einem dann der Geduldsfaden platzt? Dann befließigt Habermas sich tatsächlich eines barschen und schulmäßigen Tons, wie gesagt gegenüber einem nahen Verwandten: dem Linksparsonianer Mark Gould:

"Mark Gould traut sich aus seinem Parsonianischen Gehäuse so wenig heraus, und er traut sich gleichzeitig so viele Urteile zu, dass sich seine (von mir seit langem hoch eingeschätzte) fachliche Kompetenz gelegentlich mit einer erstaunlichen hermeneutischen

Insensibilität verbindet. Jedenfalls begreift er die (...) pluralistische Anlage meiner Theorie so wenig, dass er beinahe alles durcheinander bringt" (HAJ-DEA, S.387).

Ganz schön starker Tobak. Da muss man ja richtig Angst kriegen. Wer weiß, wie er mit mir umspringen würde? Wahrscheinlich nicht gut. Mehrere Seiten schwadroniert er auf den armen Mark ein und kriegt sich dabei kaum ein. Man muss von Mark Gould nicht viel halten, ich kenn ihn ja nicht einmal, um sich von diesem plötzlich so ganz absonderlichen Weizsäcker-Ton abgestoßen zu fühlen, der zu einem guten Menschen so gar nicht passen will, der immerzu angestrengt forscht: zwölf Jahre ohne universitäre Seminarverpflichtungen über rechtsphilosophische Fragestellungen, um zu dem Ergebnis zu kommen, dass Rechtssysteme nicht in der Luft hängen – wie sollten sie auch? –, sondern integrativ wurzeln und gestützt werden durch die Gesellschaft: von den gesellschaftlichen Verhältnissen nicht getrennt sind. Uff. Welcher vernünftige Mensch würde auf so was nicht von selbst kommen: Das Recht wächst aus gesellschaftlichen Verhältnissen heraus. Das ist normal. Oder wer würde nicht auf den wunderbar humanen Gedanken kommen, dass ethisch-moralische Strukturen nur durch ein Mindestmass sozial-moralischer Kompetenz belebt werden können, oder dass sogar Juristen sozial kompetent sein müssen, um moralisch zu handeln, diese natürlich ein durch ihre (anwaltliche, richterliche) Arbeit gefärbtes Verständnis von Gesellschaft – Moral und Ethik – mitbringen, das natürlich problematisiert werden kann.

Habermas will unter Juristen für sein Verständnis für Gesellschaft und Demokratie werben. Er denkt: da, wo die Dummheit am Größten ist, bei Juristen und Politikern, kann die Wirkung nur am größten sein. Wenn er sich da nur nicht täuscht, und das nicht eher auf einen selbst abfärbt. Zumal sein politisches Engagement substanziell ohnehin nur normativ-faktisch und ausdrücklich nicht ökonomisch gefärbt ist. Moral muss aber irgendwann auf ökonomische Strukturen zielen, auf Einbindung in Ökonomie, sonst ist sie nichts wert. Erst durch Ökonomie legitimiert sich so-

ziales Engagement substantiell. Mit Verlaub: Darüber findet sich in den Schriften von Habermas nicht ein Wort. Als wolle er Juristen nicht unnötig verschrecken, kommt ein genialer Karl Marx in seinen Schriften ausdrücklich nur dann angestrengt vor, wenn von Ökonomie nicht die Rede ist. Nur dann, wenn von Menschlichkeit und Entfremdung die Rede ist. Eine Absurdität. Ökonomie und Marx riechen leicht nach Klassenkampf und würden den rehlockenden Ton verderben. Allein bei einigen Philosophen, gerade bei Konservativeren, aber auch bei mir reicht ein guter Ton nicht. Schließlich will man sich kein "X" für ein "U" vormachen lassen und versteht auch schon mal von vorn herein alles falsch. Einfach nur so, aus Bock.

Wenn Habermas sich durch den Satz von Mark Gould: "I believe that there is an unreducible, nonrational component of moral principles" (HAJ-DEA, S.389) schon so provoziert fühlt, dass er den kommunikativen Knüppel zückt, dann ist die Vermutung nicht ganz unbegründet, dass er verkennt, dass dieser Satz für eine These stehen mag (die sich Gould nicht unbedingt gestellt haben mag), derzufolge das im sozialen Handlungskontext zu Messende selbst wiederum an etwas gemessen werden können muss – bis zu einem Punkt, wo wir auf moralische Sätze stoßen, die ihrerseits nicht mehr begründet werden können, weil auf diese sich eine Gesellschaft fundamental geeinigt haben muss, um damit einen infiniten Regress zu beenden. Eine ganz alte philosophische Denkfigur, die ich aus dem zitierten Satz von Mark Gould sofort herausgelesen habe. Vielleicht bin ich ja zu blöd, oder ich verstehe auch alles falsch, weil ich den Satz mit einem sozialen Sachverhalt unterfüttere, den es nur in meiner Phantasie gibt. Wie dem auch sei: Fundamentale Sätze sind auch ganz normale Sätze ohne jeden transzendentalen Hintergrund; sie stehen neben anderen Sätzen als erste unter gleichen, mit dem Unterschied, dass sie unbedingt gelten, durch nichts weiter ableitbar und ihnen deshalb nicht weiter Hinterfragbares anhaftet: "nonrational component of moral principles", dadurch der soziale Kontext tautologisch begründet ist. Sie können nicht universal sein,

weil sie eine ethische Lebensweise im Sinne von Lebensformen, das "Wie" und "Warum" von Lebensstrukturen und Beziehungen, nicht begründen. Trotzdem müssen sie als eigensinnig fundamental, als nicht hintergebar gelten. Sie messen einen gesellschaftlichen Zusammenhang in dem Sinne, dass sie signifikant gesellschaftliche Ausnahmezustände, bzw. Entwicklungen zu einem Ausnahmezustand indizieren, der um so bedrohlicher ist, wenn sich Indizien einer entwicklungslogischen Unumkehrbarkeit mehren, wie sich das im aufkommenden Nationalsozialismus retrospektiv beobachten lässt, besonders vor der Machtergreifung 1933.

Grundlegend für unsere Gesellschaft seit der Französischen Revolution ist das Primat der ökonomisch fundierten Daseinsvorsorge, gesellschaftlich vermittelt: für andere da sein müssen, eine Maxime, an der keinerlei Transzendenz klebt. Ganz einfach. Sie ist im Grundgesetz formuliert. Auf den moralischen Satz menschlicher Daseinsvorsorge wird jede Regierung bei ihrem Regierungsantritt vereidigt. Die gesellschaftlich vermittelte Daseinsvorsorge ist aufzufassen als Spezifizierung der Maxime von der Unantastbarkeit der menschlichen Würde, was das Recht auf körperliche Unversehrtheit, das Todesstrafen- und Folterverbot, wie oben schon gezeigt, notwendig einschließt. Das heißt: die Durchsetzung fundamentaler Maxime ist nicht vorstellbar in einem gesellschafts- und ökonomiefreien Raum. Die Durchsetzung ist das Ergebnis eines gemeinsamen gesellschaftlich und ökonomisch vermittelten Tuns. Das schließt ein: sie muss sich beziehen auf jeden Menschen ungeachtet seiner Person, ungeachtet dessen, was er sich gegenüber der Gesellschaft hat zuschulden kommen lassen. Andernfalls wären Maximen nicht fundamental durchsetzbar, sondern immer wieder hintergebar. Sie dürfen nicht nur mehr oder weniger – je nach (Un)Verdienst einer Person – sondern sie müssen unbedingt gelten. Warum aber bezeichnet man amerikanische Gouverneure oder Präsidenten als Freunde, obwohl sie jeden Tag aufs neue Todesstrafenurteile absegnen? Natürlich, weil man mit sich selbst und seinen eigenen Leichen im

Keller genug zu tun hat. Entsorgungsprobleme überall, wo man hinguckt. Also lieber nicht so genau hingucken und schweigen. Schließlich gibt es ja auch noch eine weltpolitische Verantwortung. Dass ich nicht lache. UN-Generalsekretär Kofi Annan ist mit verantwortlich dafür, von europäischen und amerikanischen Politikern gar nicht zu reden, dass in Ruanda Völkermord stattgefunden hat, und keiner ist von seinem Amt zurückgetreten. Noch nicht einmal Forderungen diesbezüglich wurden laut. Als gehöre zum Politiker einfach nur ein gesundes Maß an Dummheit, vor allem aber Ignoranz eigenen Werten gegenüber.

Fundamentale Maxime sind allein im Kontext ökonomischer Daseinsvorsorge, bzw. ökonomischer Strukturbedingungen einlösbar, die eine sozial verträglich Politik gestatten. Zusätzlich braucht es den politischen Willen, Ökonomie sozial verträglich zu gestalten. Habermas versteht Mark Gould selbst so, wenn er schreibt, dieser habe eine "spezielle, wenn auch wichtige Situation vor Augen: Fälle von sozialer Ungleichbehandlung, die nur gelöst werden können, wenn implizit diskriminierende Arbeitsverhältnisse (...) verändert werden." Doch gingen diese Fälle, so Habermas weiter, "in erster Linie den politischen Gesetzgeber an und nicht die Justiz." Andernfalls führe dies auf Dauer zu einem Justiz-Paternalismus, "der mit den Grundsätzen des demokratischen Rechtsstaates unvereinbar ist" (HAJ-DEA, S.393). Mein Gott, das ist zum Lachen, wenn die Naivität dieser Aussage nicht so entsetzlich traurig wäre. Paternalismus hat es mit oder ohne Rechtsstaat immer gegeben; zunehmend immer dann, wenn ökonomischer Druck auf Unterprivilegierte zunimmt wie heute. Wo lebt Habermas eigentlich, wenn er Paternalismus zurückführt auf ein rechtsphilosophisches Verständnis, das er Mark Gould zu-rechnet. Einfach lächerlich.

Man sollte den Satz von Mark Gould (*I believe that there is an un-reducible, nonrational component of moral principles*), über den sich Habermas so aufgeregt, vielleicht wie folgt lesen und siehe da – schon ist er gar nicht mehr der Aufregung wert: Alles was in Be-

zug auf die soziale Realität wahr oder unwahr, erklärlich oder unerklärlich, ist in der sozialen Realität selbst enthalten – auch das Fundamentale, also das ganz und gar Unerklärliche, auch das, was man vielleicht immer nur intuitiv für wahr oder unwahr erachtet. Unsere Gesellschaft enthält ihre eigenen Voraussetzungen, das, was sie als Gesellschaft konstituiert. Und das ist wesentlich irrational, weil es in letzter Instanz nicht mehr begründet werden muss. Setzungen, die unsere Gesellschaft fundieren, können nicht anders als unbedingt gelten. An solche Sätze zu glauben und sich jeden Tag für sie (sichtbar!) einzusetzen, ist etwas anderes als an Gott und seine Gebote zu glauben. Solche Sätze lassen sich theologisch nicht begründen; sie lassen sich überhaupt nicht begründen. Vernünftig sind die Sätze nicht als solche, vielmehr vernünftig ist allein, dass sie gelten aus einem Prozess kommunikativer Verständigung und sozialem Engagement heraus. Das Engagement ist vernünftig, das auf etwas zielt: auf fundamentale Geltungsansprüche, die sich natürlich in einen Satz kleiden lassen müssen. Damit steht und fällt unsere Gesellschaft. Wer tötet, töten lässt, Mord und Totschlag nicht verhindert oder mithin Gewalt gegen Menschen begünstigt, gehört sichtbar geächtet – unter kontrollierende Beobachtung gestellt, aus Ämtern entfernt etc., behandelt wie ein ganz normaler Krimineller. Wer meint, Polizisten prügeln zu müssen, sollte nicht unbedingt auch noch Außenminister sein wollen. Es gibt so viele schöne andere Berufe. Aber dass man nur mit Gewalt, Ellenbogen, Intrigen und Schleimschleißerei in höchste Ämter aufsteigen kann, wirft ein gespenstisches Licht auf unsere Zivilisation. Nicht dass Habermas unter Beobachtung gestellt gehört. Ich unterstelle ihm, dass er zuweilen nicht weiß, was er sagt und tut, bzw. worauf das, was er ist oder sein will, zielen soll. Kurz, den Beweis, dass er überhaupt ein politischer Mensch ist, hat er für meine Begriffe nicht wirklich erbracht. Zumindest ist man nicht immer das, was man sich wünscht oder glaubt zu sein.